

Vaduz dringt auf Steuer-Einigung mit Deutschland

Sobald die Schweiz mit Deutschland eine Regelung für eine Abgeltungsteuer und altes Schwarzgeld vereinbart hat, will Liechtenstein nachziehen. Das Fürstentum soll „sauberer Finanzplatz“ werden, seine Wirtschaft floriert.

du. VADUZ, 6. Juni. Noch in diesem Monat wird eine Einigung zwischen Deutschland und der Schweiz in den kniffligen Steuerverhandlungen erwartet. Zentrale Punkte sind dabei der Satz für die anonyme abzuführende Abgeltungsteuer für deutsche Vermögen in der Eidgenossenschaft und die Steuern auf Schwarzgeld in der Vergangenheit. Sobald die Vereinbarung zwischen Deutschland und der Schweiz steht, will das Fürstentum Liechtenstein nachziehen. Regierungschef Klaus Tschütscher dringt auf rasche Verhandlungen. „Wir wollen auf diese Weise ein Regulierungsgefälle vermeiden“, erläutert Tschütscher im Gespräch mit dieser Zeitung.

Wie die Schweiz hat Liechtenstein mit Deutschland den Informationsaustausch auf Anfrage beim Verdacht der Steuerhinterziehung von Deutschen vereinbart. Mit Großbritannien war das Fürstentum sogar noch einen Schritt weiter gegangen. Hier werden die Banken in Vaduz von 2015 an alle Kunden ablehnen, die ihr Geld nicht im Heimatland deklariert haben. Ähnliches ist jetzt für Frankreich geplant. Tschütscher sagt: „Mit Frankreich sprechen wir über die Aufnahme von Verhandlungen über ein Steuerabkommen analog dem wegweisenden Vertrag mit Großbritannien.“

Mit solchen Maßnahmen versucht Tschütscher, das kleine Fürstentum als „sauberen Finanzplatz“ zu profilieren. Bei seinem Wahlsieg im Februar 2009 trug das Land noch schwer an den Nachwirkungen der „Affäre Zumwinkel“. Die Verhaftung von Klaus Zumwinkel, des damaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post, im Februar 2008 traf den Ruf Liechtensteins als Steueroase. Das Ausland machte Druck, das „Geschäftsmodell“ in Vaduz war nicht länger zu halten. Tschütscher machte aus dem Zwergstaat eine Reformwerkstatt: Mit Rückendeckung von Erbprinz Alois schloss er fast zwei Dutzend Steuerabkommen zu



Blick hinab von der Fürstenresidenz auf die Vaduzer Innenstadt: Trotz Steuerskandals geht es der Wirtschaft gut.

Foto action press

grenzüberschreitenden Amtshilfe nach den Regeln der OECD. Er reformierte das Stiftungsrecht, lancierte die strafrechtliche Verantwortlichkeit auch von juristischen Personen und entrümpelte das Steuerrecht.

Zugleich senkte Tschütscher die Steuern. Heute zahlen Unternehmen eine „Flat Rate“ von 12,5 Prozent auf ihre Gewinne und können die Gruppenbesteuerung in Anspruch nehmen, welche den internationalen Verlustausgleich in derselben Rechnungsperiode erlaubt. Die sogenannten Privatvermögensgesellschaften – zum Beispiel Stiftungen und Trusts – profitieren von speziellen Regeln. Mit Deutschland ist vor wenigen Tagen ein neues Doppelbesteuerungsabkommen ausgehandelt worden. Der Test, inwiefern die Reformen wirklich neue Unternehmen und große Vermögen anlocken, steht noch aus.

Dessen ungeachtet entwickelt sich die Wirtschaft des Landes gut: Für 2011 wird ein Wachstum von 2,1 Prozent geschätzt, die Beschäftigung ist im vergangenen Jahr um 1,3 Prozent gestiegen, die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 2,1 Prozent. Tschütscher frohlockt: „Die Industrie meldet eine hervorragende Entwicklung in Auftragsingang, Umsatz und Kapazitätsauslastung. Der Finanzplatz profitiert vom starken Franken, den die Anleger mehr denn je schätzen. Die Banken verzeichnen ansehnliche Nettozufüsse, und auch die Versicherungen und Fonds verbuchen ein gutes Neugeschäft.“ Damit ist das Fürstentum mehr denn je auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Aber erinnern die als Steuersparmodell in Liechtenstein aufgelegten „Versicherungsmäntel“ nicht sehr an die Vergangenheit als Steueroase? „Sie werden im Einklang mit der Gesetzgebung in Europa verkauft“,

betont Tschütscher und schiebt nach: „Zweifel daran entspringen wohl eher den Geschäftsinteressen interessierter Kreise.“

Die Konjunkturlaute in Liechtenstein wird auch dem Staatshaushalt helfen. 2008 hatte der Etat nach drei Überschussjahren ein kräftiges Defizit von 128 Millionen Franken verzeichnet. Für das laufende Jahr sind minus 136 Millionen Franken budgetiert. Ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben ist für 2015 geplant. Die Regierung wollte kräftig sparen. Jetzt hält Tschütscher angesichts der „erfreulichen Konjunkturentwicklung“ nur noch 135 Millionen statt ursprünglich 160 Millionen Franken für nötig. „Davor haben wir in diesem Jahr schon 70 Millionen erreicht und weitere 30 Millionen auf den Weg gebracht“, sagt der Regierungschef und ergänzt: Wir werden den Ausgleich 2015 erreichen.

Chinas Zukäufe im Ausland noch überschaubar

Medion oder Saab Einzelfälle / Direktinvestitionen steigen

itz. PENGLAI, 6. Juni. China kauft sich überall in der Welt ein. Doch Fachleute warnen davor, die Entwicklung zu überschätzen, da die Vorstöße im internationalen Vergleich noch überschaubar seien. Galt das Interesse der Asiaten bisher der Rohstoffwirtschaft Afrikas, Amerikas oder Australiens, so strecken sie jetzt die Hand auch nach Europa aus. Der chinesische Computerbauer Lenovo will den Elektronikhersteller und Aldi-zulieferer Medion aus Essen übernehmen, der Autohändler Pang Da möchte bei der schwedischen Automarke Saab einsteigen. Zuvor hatte Geely dort schon Volvo erworben. Trotz solch spektakulärer Verträge steht die Volksrepublik unter den internationalen Investoren allenfalls in der zweiten Reihe.

„Im Westen hört man oft, China übernehme die Welt, das ist schlicht falsch“, sagt Jason McBurnie, Direktor in der Abteilung für Fusionen und Übernahmen (M&A) bei Price Waterhouse Cooper (PwC) in Peking. „Angesichts der Zahlen ist die Angst vor dem chinesischen Drachen ziemlich unbegründet.“ Nach Daten der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) rangiert China bei seinen jährlichen Direktinvestitionen nur auf Platz sechs vor Russland und Italien. Die Vereinigten Staaten geben fünfmal so viel aus, Frankreich dreimal so viel. Selbst Deutschland liegt noch klar vor China. Was den Bestand angeht, so stammen seit 1980 nur 1,2 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen aus China.

Damit bewege sich die Volksrepublik auf einer Höhe mit Dänemark, Taiwan oder Irland, sagte McBurnie auf einer Tagung des „Stars-Symposiums“ für Nachwuchsführungskräfte in der chinesischen Provinzstadt Penglai. Auch André Loesekrug-Pietri, Chef der Beteiligungsgesellschaft A Capital in Peking, warnt angesichts der chinesischen Ambitionen in Europa vor „Panikmache“. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, lägen Chinas Investitionen im Ausland am unteren Ende der OECD-Staaten. A Capital hat-

te 2010 den Einstieg der chinesischen Fosun-Gruppe beim französischen Touristikonzern Club Med eingefädelt.

Die meisten von Chinas Auslandsverträgen sind eher unbedeutend. Nach den Daten von PwC hatten 2010 mehr als die Hälfte der rund 190 Fälle einen Wert von weniger als 50 Millionen Dollar. Mehr als ein Viertel der geplanten Fusionen und Übernahmen scheiterten. Unverkennbar ist allerdings, dass Chinas Aktivitäten von kleiner Basis aus stark zunehmen. Nach Zahlen des Pekinger Handelsministeriums stiegen die Auslandsinvestitionen 2010 um 36 Prozent auf 59 Milliarden Dollar. Schon 14 Prozent aller M&A mit chinesischem Kapital finden im Ausland statt.

Daneben wird der Ausbau vorhandener Auslandsniederlassungen immer wichtiger. In Fabrikneubauten oder sonstige Anlageinvestitionen könnten bis 2020 Milliarden Dollar fließen. So habe Tianjin Pipes in Texas eine Milliarde Dollar in ein neues Werk gesteckt, Anshan Steel investiere kräftig in Mississippi. Fast 770 000 Chinesen seien im Ausland beschäftigt.

Trotz des Vorstoßes in Europa investiert China weiterhin vor allem in Bodenschätze, in die Energiewirtschaft sowie in die Schwer- und Chemieindustrie. Nach McBurnies Zahlen machen dieses Felder die Hälfte aller Engagements und drei Viertel des Gesamtvolumens aus. Auch bleibt es vorerst bei der Konzentration auf Afrika, Asien und Lateinamerika. Dort hat China seit 2003 mehr als 50 Großprojekte angestoßen.

Die Haupttreiber für Chinas Auslandsinteresse sind nach McBurnies Ansicht Chinas hohe Kapitalreserven, die Abhängigkeit von Rohstoffen, der Einkauf von Innovationen sowie der steigende Wettbewerb auf den heimischen Märkten. China unterhält mit mehr als 3000 Milliarden Dollar die höchsten Devisenreserven der Welt. Das viele Geld will man diversifizieren, wobei staatliche Großunternehmen und Banken die Hauptrolle spielen.

Griechen streichen Rente für Tote

Unmut in Union und FDP über neue Hilfen

mas./ruh. BERLIN/FRANKFURT, 6. Juni. Griechenland will in der Schuldenkrise den Kampf gegen Betrüger verstärken. Noch immer zahlen die Sozialkassen für längst verstorbene griechische Rentner, sagte Arbeitsministerin Louka Katseli der Tageszeitung „Ta Nea“. So würden allein auf die Konten von 4500 inzwischen verstorbenen Angestellten im öffentlichen Dienst immer noch Geld überwiesen, was die Steuerzahler jährlich gut 16 Millionen Euro koste. Das griechische Arbeitsministerium richtet den Blick auf die etwa 9000 Überhundertjährigen. „Wir überprüfen gerade, wie viele von ihnen noch leben“, sagte die Ministerin. Der Kampf gegen den Sozialbetrug sei eine Möglichkeit zum Sparen, ohne dass die Bevölkerung zusätzlich belastet werde, sagte Katseli.

Noch am Montag wollte die griechische Regierung über weitere Kürzungen im Volumen von 6,4 Milliarden Euro in diesem Jahr beraten. Ministerpräsident Giorgos Papandreu will den Plan am Dienstag dem politischen Rat seiner Pasok-Partei vorstellen. Am Mittwoch könnte sich das Kabinett auf die Sparmaßnahmen verständigen und an das Parlament weiterleiten.

In den Fraktionen der deutschen Regierungskoalition ist am Montag Unmut über neue Hilfen für Griechenland laut geworden. Das Land könne zu einem Fass ohne Boden werden, hieß es. Am Mittwoch soll Bundeskanzlerin Angela Merkel nach ihrer Rückkehr aus Amerika den Fraktionen Rede und Antwort stehen. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) deutete die Bereitschaft zu neuen Hilfen an. „Klar ist, dass wir erkennen

massen, dass Griechenland Anstrengungen zeigt. Das ist uns als FDP besonders wichtig und ein Gebot der Vernunft“, sagte er. Am Freitag soll im Bundestag ein Antrag von Union und FDP zur Euro-Rettung beschlossen werden. FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle bezeichnete eine Beteiligung des privaten Sektors als sehr wichtig. Dies strebt auch Finanzminister Wolfgang Schäuble an. EZB-Ratsmitglied Nout Welling hat am Montag eine Beteiligung privater Investoren angeregt, um Griechenland bei der Bewältigung seiner Schuldenkrise zu helfen. So könnten etwa Banken gebeten werden, fällige Anleihen durch Neukäufe zu ersetzen. „Ich schließe nicht aus, dass ein Teil der Refinanzierung aus dem Privatsektor kommen wird“, sagte Welling in Amsterdam. Damit wich er von der strikten Ablehnung einer weichen Umschuldung ab, wie sie EZB und Bundesbank bislang propagieren.

Unterdessen warnt das Londoner Institut „Open Europe“ vor den Kosten, die im Falle des griechischen Bankrotts auf die Notenbanken zukämen. Die EZB und die nationalen Notenbanken des Eurosystems hätten für gut 40 Milliarden Euro griechische Staatsanleihen gekauft und weitere 97 Milliarden Euro an griechische Banken verliehen, heißt es in einer Studie von Open Europe. Nach Angaben der griechischen Notenbank ist dieser Wert allerdings zuletzt auf 87 Milliarden Euro gesunken. Nach Einschätzung von Open Europe drohten dem Eurosystem im Falle einer Umschuldung und der Halbierung der griechischen Staatsschuld Verluste zwischen 44 und 66 Milliarden Euro. (Finanzmarkt, Seite 19)

Geithner warnt vor zu lockerer Regulierung

pwe. WASHINGTON, 6. Juni. Der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner hat sich gegen einen ungesunden Wettbewerb der Finanzmarktaufseher ausgesprochen, in dem die Regulierungsstandards immer lockerer werden. „Wir möchten keinen weiteren Wettlauf nach unten sehen“, sagte Geithner auf der Bankentagung „International Monetary Conference“ in Atlanta. Das Experiment des Vereinigten Königreiches, mit einer leichten Regulierung Finanzgeschäft von New York und Frankfurt abzugeben, sei tragisch geendet. „Das sollte allen Ländern eine Warnung bei der Entscheidung sein, ob sie die schärfer werdenden Standards in den Vereinigten Staaten zum eigenen Vorteil ausnutzen wollen“, sagte Geithner. Er plädierte zugleich dafür, sich auf der ganzen Welt auf einheitliche Mindestregeln für den Handel mit Wertpapierderivaten zu einigen. In Parallele zu den Eigenkapitalrichtlinien Basel-III für Banken forderte Geithner ein Abkommen über Mindeststandards für Sicherheitsleistungen im Derivatehandel, der nicht über zentrale Marktplätze abgewickelt wird. Hinter dieser Forderung steht die Sorge, dass die Bemühungen nicht nur der Vereinigten Staaten durch andere Länder unterlaufen werden könnten, den Derivatehandel auf zentrale Marktplätze zu lenken, um ihn zukünftig auf diese Weise transparenter und sicherer zu gestalten.

Island erhält weitere 155 Millionen Euro

pwe. WASHINGTON, 6. Juni. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die fünfte Tranche über 155 Millionen Euro im Kreditprogramm für Island freigegeben. Island hat damit insgesamt bislang 1,2 Milliarden Euro vom IWF erhalten. Der Fonds hält die isländische Fiskalpolitik weitgehend für angemessen. Die drohende Rückzahlung von 5 Milliarden Euro an Anleger in den Niederlanden und Großbritannien im Island-Skandal wertet der IWF indes als Risiko. Die Auszahlung war verzögert worden, nachdem die isländischen Wähler einen überarbeiteten Plan zur Rückzahlung der Icesave-Verluste abgelehnt hatten. Die Forderungen werden nun vor Gericht entschieden. Der IWF hält Islands Strategie, die Kapitalverkehrskontrollen nur schrittweise aufzuheben, für sinnvoll. Das Land spricht derzeit mit Banken über eine Rückkehr an den internationalen Anleihemarkt. Das Anpassungsprogramm soll im August dieses Jahres enden.


Tokio lässt früher arbeiten

Die Stadt will Energie sparen und verschiebt Arbeitszeiten

cag. TOKIO, 6. Juni. Viele Angestellten der Stadtverwaltung in Tokio müssen seit Montag eine Stunde früher zur Arbeit erscheinen. Um im Sommer Strom zu sparen, beginnt die früheste Schicht um 7.30 Uhr und endet um 16.15 Uhr. Vorerst gilt die Sommerzeit für 9000 städtische Angestellte im zentralen Rathaus in Shinjuku. Bis Juli soll die Regelung auch 25 000 Angestellte in den Außenstellen betreffen, heißt es aus der Stadtverwaltung. Da es in Tokio früh hell, am Abend aber auch früh dunkel wird, soll die Einführung der Sommerzeit helfen, Energie zu sparen. Japan stellt die Uhren im Sommer nicht um. In den vergangenen Jahren war es nicht gelungen, die Sommerzeit einzuführen, da die Bevölkerung besorgt war, die Sommerzeit würde in der Praxis nichts anderes als eine Verlängerung der Arbeitszeiten bedeuten. Die Stromengpässe wegen der Atomkatastrophe in Fukushima haben jetzt zu einem Umdenken geführt. Die Regierung fürchtet, dass es im Großraum Tokio im heißen und schwülen Sommer zu Problemen bei der Stromversorgung kommt, wenn die Klimaanlage stärker benutzt werden.

„Das frühere Aufstehen mag für den einen oder anderen hart sein, bis man sich daran gewöhnt hat“, sagte ein Angestellter an seinem ersten Tag mit der Sommerzeit. Aber auf dem Weg ins Büro sei es heute angenehm kühl und der Zug auch nicht so überfüllt gewesen. Auch japanische Unternehmen planen frühere Arbeitszeiten. Der Fotohersteller Canon zum Beispiel will die Arbeit in den Büros vom 4. Juli bis zum 22. September um eine halbe bis zu einer Stunde früher beginnen lassen.

Auf der anderen Seite erhoffen sich Sportstudios, Kaufhäuser oder Sprachschulen die Einführung der Sommerzeit in vielen Betrieben bessere Geschäfte. „Wenn der Feierabend früher, um 4 Uhr, beginnt, haben die Menschen mehr Zeit für andere Beschäftigungen“, sagte die Managerin einer Sprachschule. Das japanische Arbeitsministerium hatte den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt, über die Sommermonate ihre Arbeitszeiten freier einzuteilen. So darf abweichend von gesetzlichen Regelungen länger oder kürzer gearbeitet werden als acht Stunden, wenn so Energie gespart wird.



Europas größte Golf-Amateurserie: Die golffriends.com Trophy 2011

500 Turniere | 250 Clubs | 25.000 Spieler
Neue Golfkontakte, jede Menge Spaß und tolle Preise!

Jetzt mitspielen!

Auszug Turniere vom 28.05. – 02.07.11

01728 ElbLorenz Dresden 18.06.	75248 Karlshäuser Hof 28.06.
21614 Gut Immenbeck 19.06.	76530 Baden-Baden 19.06.
21717 Deinster Mühle 18.06.	76684 Baden 12.06.
25813 Husumer Bucht 28.06.	77767 Urloffen 28.06.
31535 Steinhuder Meer 25.06.	78186 Oschberghof 01.06.
32602 Herford 19.06.	78359 Schloss Langenstein 25.06.
34431 Westheim 18.06.	79261 Gütermann Gutach 05.06.
35101 Franzensbad (CR) 25.06.	82319 Gut Rieden 07.06.
37647 Weserbergland 01.07.	82515 Bergkramerhof 18.06.
38667 Harz 02.07.	83083 Patting 04.06.
47167 Röttgersbach 25.06.	83104 Schloss Maxtrain 24.06.
51588 Nümbrecht 24.06.	83324 Ruhpolding 05.06.
54636 Südeifel-Baustert 25.06.	83539 Pfaffing 12.06.
55257 Mainzer GC 22.06.	83666 Margarethenhof 25.06.
55566 Maasberg 18.06.	84095 Landshut 29.06.
58730 Unna-Fröndenberg 23.06.	85461 Erding-Grünbach 12.06.
58730 Gut Neuenhof 02.07.	85658 Schloss Egmatling 04.06.
59555 Lippstadt 25.06.	86609 Donauwörth 18.06.
59846 SorpeSee 22.06.	86698 Eggelstetten 01.07.
63928 Miltenberg 18.06.	89231 GfK Neu-Ulm 25.06.
64720 Geierstal 18.06.	89343 Schloss Klingenburg 05.06.
67117 Kurpfalz 28.06.	92281 Königstein i.O. 29.05.
70806 Neckartal 02.07.	93077 Bad Abbach-Deutenh. 15.06.
71634 Schloss Monrepos 25.06.	94085 Bayerwald 15.06.
73450 Hochstätt Härtsfeld 02.06.	94419 Schlossberg 12.06.
73547 Hetzenhof 11.06.	94571 Deggendorfer 05.06.
74420 Marhördt 18.06.	97828 Main-Spessart 19.06.
74906 Bad Rappenau 24.06.	99819 Eisenach 02.06.

... und über 400 weitere Turniere

Alle Infos unter www.golffriends.com

Co-Sponsoren



Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

